

NIEDERSCHRIFT Nr.: 11/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- öffentlicher Teil -

am **01.06.2016, um 16.00 Uhr**

11. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.15 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Birgit Bergmann für Frau Susanne Grobien
Herrn Jens Crueger
Frau Sülmez Dogan
Herr Björn Fecker
Herr Nelson Janßen für Herrn Klaus-Rainer Rupp
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)
Herr Andreas Kottisch
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner
Herr Christian Schäfer
Herr Uwe Schmidt
Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Frau Niestädt
Frau Jansen	Herr Peters
Herr Krämer	Herr Sengstake
Herr Dr. Kühling	Herr Staatsrat Siering
Frau Lamot	Herr Wiebe

Gäste

Herr Dr. Sondergeld (WFB)
Frau Geber (WFB)
Herr Rehberg (bremenports)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Abg. Tsartilidis regt an, TOP 7 an den Anfang der Sitzung zu legen, um der Presse eine angemessene Berichterstattung zu ermöglichen. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 10/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (öffentlicher Teil) vom 11.05.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation

TOP 2 Jährlicher Tätigkeitsbericht zum Geschäftsbereich Standortmarketing der WFB 2015

Vorlage Nr. 19/165-L/S

Abg. Kastendiek gibt bekannt, dass Dr. Sondergeld heute die letzte Deputationssitzung als Geschäftsführer der WFB begleiten werde.

Herr Dr. Sondergeld dankt zunächst für die Zusammenarbeit mit allen Akteuren wie Aufsichtsräten und deren Vorsitzenden sowie den Mitgliedern der Deputationen und auch Mitarbeitern des Ressorts.

Ein wesentlicher Arbeitsaspekt im Berichtszeitraum sei die Auseinandersetzung mit den Zeitungsbeilagen als kostenintensivstes Medium gewesen; diese sei für die Zukunft in Details überarbeitet worden und gelte weiterhin als wichtige Werbequelle. In diesem Zusammenhang stellt er den starken Zusammenhang zwischen Produkt und Vermarktung heraus, in dem insbesondere Kultur- und Sportveranstaltungen als erfolgreiche Botschafter im Standortmarketing wirken. Im Rahmen der Neuaufstellung des Corporate Designs – als bedeutende strukturelle Maßnahme des vergangenen Jahres – gelte es nun, weitere potenzielle Kooperationspartner aus der Wirtschaft zum verstärkten Einsatz des Corporate Designs zu bewegen.

Abg. Kastendiek erwidert die Danksagung mit dem Hinweis, dass insbesondere die offene und ehrliche Kommunikation in der Zusammenarbeit bemerkenswert gewesen sei. Er fragt, wo nach Jahren der regelmäßigen Reduzierung für die Kultur-Veranstaltungsförderung die Untergrenze für diesen Förderbereich liege.

Abg. Fecker dankt ebenfalls für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre. Er bemerkt, dass die Punkte 3.18 und 3.19 im Bericht fehlten und bittet, diese nachzureichen. In Zusammenhang mit den positiven Erfahrungen mit Sportveranstaltungen sollte das Potenzial in diesem Bereich weiter ausgeleuchtet werden.

Dep. Frau Werwath bittet, die Möglichkeiten des Standortmarketings insbesondere unter Berücksichtigung von Social Media zu erläutern.

Herr Dr. Sondergeld erklärt, seines Erachtens seien die Einsparpotenziale aus dem Kulturmarketing ausgereizt. Er führt zur Zeitungsbeilage weiter aus, dass mindestens eine Frequenz von drei jährlichen Ausgaben angestrebt werden solle. Die Punkte 3.18 und 3.19 seien irrtümlich in die Gliederung gelandet und könnten noch nicht dargestellt werden, da die Veranstaltungen erst noch stattfinden würden.

Die Sportveranstaltungen seien insbesondere dann erfolgreich, sofern sie ein attraktives Angebot für überregionale Besucher darstellten. Aktuell bestehe aber eine Grenze für die aktive Akquise von Sportgroßveranstaltungen, da diese regelmäßig einen mehrjährigen Vorlauf hätten und eine - früher übliche - Fünf-Jahres-Bewilligung für diese Akquise aktuell nicht aufgelegt sei. So habe die Tischtennis-WM einen Vorlauf von vier Jahren gehabt und für die German Open in 2018, an deren Akquise gearbeitet werde, sei die Zeit bereits relativ knapp.

In Richtung der Dep. Frau Werwath beschreibt er, dass im Zuge eines Content Marketings und mit bremen.online neue Vermarktungsprozesse eingeleitet würden; in diesem Zuge werde der Geschäftsbereich Bremen-Marketing – voraussichtlich – dem Geschäftsbereich der Wirtschaftsförderung zugeordnet. Die zielgruppenorientierte Ansprache insbesondere der jüngeren Generationen werde über das Stadtportal weiter ausgebaut; durch den bevorstehenden Relaunch von bremen.online seien weitere Verbesserungen zu erwarten.

Abg. Kottisch schließt sich den Danksagungen an. Er regt an, in Zusammenarbeit mit bremischen Unternehmen besondere Publikationen und Instrumente zu entwickeln, die diese im Rahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeit in der überregionalen Kommunikation bzw. auch zur branchenspezifischen Darstellung nutzen könnten. Beides könnte privat finanziert werden, sollte aber öffentlich durch das Standortmarketing koordiniert werden.

Dep. Dr. Redder begrüßt diese Idee. Kritisch sehe er die positive Einnahmenentwicklung bei bremen.online, hinter deren Steigerung er eine Verdrängung der Privatwirtschaft vermute.

Letzteren Punkt verneint **Herr Dr. Sondergeld**; hier gehe es um Aufträge aus dem Verwaltungsbereich bzw. Verrechnungen für Aufträge etwa aus dem Bereich der ÖVB-Arena; bremen.online sei nicht auf dem privaten Markt tätig. Zudem spreche auch ein inhaltlicher Zusammenhang für eine Beauftragung von bremen.online aus diesen Bereichen. Abgeschafft sei inzwischen die bundesweite Werbung auf bremen.online.

In Richtung des Abg. Kottisch erläutert er, dass in den genutzten Medien der Wirtschaftsstandort Bremen immer eventbezogen dargestellt werde; so sei im Rahmen des Borgward-Treffens auf Bremen als Standort des Mercedes-Werks hingewiesen worden. Trotz-

dem nehme er die Anregung auf und gebe sie weiter.

Staatsrat Siering dankt Herrn Dr. Sondergeld nochmal ausdrücklich und hebt hervor, dass mit seinem Wirken die Neuaufstellung Bremens im Tourismusbereich und den positiven Entwicklungen in Hotel, Gastronomie und anderen Bereichen verbunden sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

**TOP 3 Berücksichtigung von Nebenangeboten, Existenzgründern und Kostenkontrolle bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
(Ziffern 2 bis 4 der Drucksache 19/191 "Freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen nur mit Tarifbindung")**

Vorlage Nr. 19/166-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2015, Drucksache 19/191 zur Kenntnis.

**TOP 4 Konzept zur Erwerbsintegration von Flüchtlingen
-Sachstand des Teilbudgets "Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt" und des Teilbudgets "Sprachförderung" -**

Vorlage Nr. 19/167-

Abg. Janßen hält angesichts einer wünschenswerten breiten Trägerstruktur eine Mittelkonzentration bei ganz wenigen Trägern für problematisch.

Abg. Kastendiek fragt, in welcher Größenordnung möglicherweise zusätzliches Personal im Ressort eingestellt werden solle, insbesondere vor dem Hintergrund des problematischen Personalhaushaltes des Ressorts.

Frau Jansen erläutert, dass lediglich eine Mittelkonzentration für beabsichtigte ausgelagerte Verwaltungsaufgaben erfolge solle; eine breite Trägerstruktur sei ansonsten grundsätzlich erwünscht. Die Kostenkalkulation basiere sowohl auf Daten des Finanzressorts als auch auf Erfahrungswerten.

Die zusätzlichen Stellen würden lediglich befristet eingerichtet und aus den Programmmitteln finanziert und belasteten somit nicht die PEP-Quote.

Sie führt auf weitere Fragen der **Abg. Frau Bergmann** aus, dass die vom Land angebotenen Maßnahmen in Übergangwohnheimen fast schon überholt seien, da der Bund ein

Programm mit 100.000 weiteren Ein-Euro-Maßnahmen für Geflüchtete auflegen wolle, was für Bremen 1000 weitere Plätze bedeutete und eigene Beschäftigungsmaßnahmen obsolet machte.

Die Maßnahmen in den Orientierungszentren fänden überwiegend dort statt, würden aber von betrieblichen Praktikumsphasen begleitet und unterstützt.

Die Abbruchquote von Auszubildenden in Pflegeberufen sei unabhängig von ihrer Herkunft relativ hoch, da diese Berufe extrem hohe Anforderungen an physische und psychische Belastbarkeit stellten und auch eine hohe zeitliche Flexibilität erforderten. Die Maßnahmen richteten sich an keine bestimmte kulturelle Zielgruppe und verfolgten das Ziel, die Auszubildenden in existenzsichernde Arbeitsplätze zu entlassen. Die Ausbildungsvergütung betrage ihrer Erinnerung nach etwa 800 €/Monat.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten Sachstand zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Jahresende über den Verlauf zu berichten.

TOP 5 Integrationsprojekt Stadtteilküche Huckelriede

Vorlage Nr. 19/168-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung des Integrationsprojektes Stadtteilküche Huckelriede mit 104.679 € investiven und bis zu 165.000 € konsumtiven Zuschüssen zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 156.750 € (269.679 € - 112.929 €) bei der Haushaltsstelle 0304/684 10-0 (Zuschuss an Integrationsprojekte wegen pauschalem Minderausgleich) zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Studie zur kapazitiven Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum

Bremen

Teil 2: Betriebssimulation und Maßnahmen zur Engpassbeseitigung

Teil 3: Potentiale für den Schienengüterverkehr auf der Umfahrungsstrecke

Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg

Vorlage Nr. 19/161-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Teile 2 und 3 der Studie „Kapazitive Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes im Großraum Bremen“ zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Ergebnisse der Studien gegenüber den relevanten Bundes- und Landesbehörden sowie der DB zu vertreten.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator Wirtschaft, Arbeit und Häfen nach Beschluss des Bundesverkehrswegeplans 2030 durch das Bundeskabinett zu den Auswirkungen der enthaltenen Maßnahmen auf den Knoten Bremen zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Sachstandsbericht Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB)

Mündlicher Bericht

Herr Peters führt in den Sachstand des Projektes nach Beschluß des Verwaltungsgerichtes Bremen vom 18.05.2016 ein und macht darauf aufmerksam, dass eine Bewertung des Projektes auch unter Berücksichtigung der Regeln eines Planfeststellungsverfahrens erfolgen sollte.

Der Planfeststellungsantrag sei nach Abstimmung mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bei der für die Planfeststellung nach dem Wasserhaushaltsgesetz zuständigen Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen gestellt worden. Im Planfeststellungsverfahren seien alle Träger öffentlicher Belange angehört und ihre Einwendungen erörtert und berücksichtigt worden – andernfalls wäre der Planfeststellungsbeschluss (PFB) nicht erlassen worden. Den Betroffenen stünde anschließend das Recht zu, den PFB bezüglich der Berücksichtigung ihrer Einwendungen gerichtlich überprüfen zu lassen.

Der Beschluss des Verwaltungsgerichtes sei zunächst im Eilverfahren ergangen; das Gericht habe im sofortigen Vollzug einen Baustopp verfügt, weil der PFB unter Umständen nicht von der zuständigen Behörde erlassen worden sei und ein weiterer Baufortschritt irreversibel sein könnte. Gegen die Entscheidung habe das Hafenessort Beschwerde beim

OVG eingelegt und das weitere Vorgehen mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes abgestimmt. Diese werde ihre Beiladung im weiteren Verfahren beantragen und strebe eine höchstinstanzliche Klärung der Zuständigkeit vor einem Bundesgericht an. Der Zeitplan des weiteren Verfahrens sei nicht abzuschätzen; die Bauaktivitäten ruhen zurzeit.

Abg. Schäfer fragt nach der Bedeutung der Situation für den Flugplatz Luneort und ob dessen – zeitweilige - Wiederinbetriebnahme denkbar sei. Außerdem sehe er das Finanzierungskonzept aufgrund der wahrscheinlich ausbleibenden Beteiligungserlöse von BLG und Bremer Landesbank (BLB) erschüttert.

Abg. Kastendiek fragt, ob es Ausstiegsklauseln aus den Verträgen mit der ARGE und dem Betreiber gebe. Er weist weiter darauf hin, dass das Finanzierungskonzept bereits Gegenstand einer ausführlichen Diskussion in der vorangegangenen Sitzung des Hafenausschusses gewesen sei.

Herr Peters erläutert, dass der Flugplatz geschlossen bleibe, weil die in der Schließungsverfügung genannten Bedingungen eingetreten seien. In der Finanzierung seien die Gewinnabführungen aus Beteiligungen eingeplant; aus Sicht des Ressorts sei das Projekt damit nach wie vor finanziert. Ansonsten wäre das Projekt – im Falle eines zügigen juristischen Verfahrens – auch aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht fortzusetzen. Die Verträge mit ARGE und BLB sähen diverse aufschiebende Bedingungen im Falle von Verzögerungen sowie Kündigungsklauseln für den Worst-Case vor.

Abg. Liess bemerkt, der Haushalts- und Finanzausschuss habe im Haushaltsentwurf den Ansatz für erwartete zusätzliche Beteiligungserlöse auf Null gesetzt, sodass ein wesentlicher Teil im Finanzierungskonzept ausfallen könnte. Aktuell stelle dies für das Gesamtprojekt kein Problem dar, da die notwendige Liquidität gesichert sei. Für die weitere Finanzierung ab 2018/19 seien noch rund 150 Mio. € für den Investitionshaushalt ungebunden, sodass die Finanzierung aus diesem Investitionsanteil gesichert werden könnte.

Abg. Kastendiek sieht die Kritik seiner Fraktion am Finanzierungskonzept bestätigt, nach der eine Finanzierung aus zusätzlichen Beteiligungserlösen unrealistisch gewesen sei. Nicht nachvollziehbar sei, dass die Finanzierung des Projektes nicht vollständig dargestellt werden solle und eine derartig kurzfristig angesetzte Finanzierung gewählt worden sei. Er fordert, dass der Senat eine klare Finanzierung des OTB entwickelt.

Dep. Dr. Redder versteht die Ausführungen von Herrn Peters dahingehend, dass das Projekt finanziert sei und ein Nachtragshaushalt nicht erforderlich sei.

Abg. Janßen nimmt die Klarstellung des Abg. Liess zur weiteren Finanzierung des OTB zur Kenntnis. Dazu stelle er fest, dass die zusätzliche Bindung weiterer Investitionsmittel

für den OTB den politischen Handlungsspielraum insgesamt einschränke, da die Lücke im bisherigen Finanzierungsplan aus dem allgemeinen Investitionshaushalt geschlossen werden würde.

Abg. Liess stimmt zu, dass finanzielle Mittel in Konkurrenz zueinander stünden und es Aufgabe der Politik sei, Investitionsmaßnahmen zu bewerten und gegebenenfalls zu priorisieren; im Falle des OTB sei die Priorität für ihn gesetzt.

In Richtung des Dep. Dr. Redder verdeutlicht er, dass die Liquidität aktuell gesichert sei, sodass der Bau fortgesetzt werden könnte und weitere Bedarfe gegebenenfalls über den Investitionshaushalt ab 2018 abgedeckt würden, sodass ein Nachtragshaushalt nicht erforderlich sei.

Abg. Schäfer plädiert für eine grundsätzliche Neubewertung des OTB unter Aspekten der Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

Abg. Kottisch hält den OTB als Infrastrukturprojekt für absolut notwendig und sieht angesichts der langfristigen Planungs-, Bau- und Entfaltungsphasen derartiger Projekte keine Probleme in der vom Abg. Liess skizzierten Finanzierung aus dem Investitionshaushalt. Eine bloße Betrachtung der Investitionsseite verkenne, dass der OTB langfristig auch zu zusätzlichen Steuereinnahmen führen werde.

Auch der Vorwurf der unrealistischen Finanzierung seitens der CDU-Fraktion sei vor dem Hintergrund der nicht absehbaren Entwicklung der Beteiligungserlöse nicht haltbar. Zudem stiegen die Steuereinnahmen. Insgesamt sehe er keine Probleme, das Projekt aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren, falls dies notwendig sein sollte.

Staatsrat Siering schließt sich dem an und weist den Vorwurf der unseriösen Finanzierungsplanung zurück; die Finanzierungspläne seien 2008/09 unter der Annahme positiver Entwicklungen der Beteiligungserlöse entwickelt worden. Diese Annahmen stellen sich heute auf der Grundlage gesamtwirtschaftlicher Krisensituationen anders dar.

In Richtung des Abg. Schäfer unterstreicht er weiter, dass der OTB ein bedeutendes Projekt darstelle und tausende Arbeitsplätze am Standort Bremerhaven schaffen werde. Die kurzfristige Liquidität sei gesichert und an einer Wiederherstellung des Baurechts werde im Rahmen der juristischen Möglichkeiten gearbeitet. Für den weiteren Baufortschritt werden benötigte Mittel ohne Zweifel zur Verfügung gestellt.

Abg. Kastendiek bemerkt in den Ausführungen des Abg. Liess den ersten Ansatz für eine Lösung der Finanzierungslücke. Allerdings halte er die damit verbundene Vorstellung voller Kassen für fahrlässig, auch und gerade vor dem Hintergrund weiterer Risiken aus gegebenenfalls erforderlichen Kajensanierungen, die aktuell nicht im Haushalt abgebildet seien. Somit halte er die Kritik und die Forderung an den Senat aufrecht, die vollständige Finanzierung nachzuweisen. Der Vollständigkeit halber stellt er fest, dass das ursprüng-

liche Finanzierungskonzept vorgesehen habe, die Finanzierung teilweise aus zusätzlichen Beteiligungserlösen zu speisen; angesichts des Niveaus, auf dem die in Frage kommenden Beteiligungserlöse zu Planungsbeginn standen, sei dies ein grundsätzlich riskanter Ansatz gewesen.

Dep. Dr. Redder wirft die Frage auf, wie mit einer vorzeitig fälligen Finanzierungsanforderung umgegangen werden könnte. Im Übrigen sei die Schiffskrise 2008/09 bereits aktiv und Erlöse aus der Beteiligung an der Bremer Landesbank somit unrealistisch gewesen.

Abg. Janßen hält fest, dass die zusätzlichen Beteiligungserlöse nie in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingeplant gewesen seien; somit sei eine Mehrbelastung für den Haushalt frühzeitig absehbar gewesen. Politisch und inhaltlich wäre der OTB bei zeitiger Inbetriebnahme sinnvoll gewesen, doch verschleierte die Koalition die mittelbaren finanziellen Folgen des Projekts.

Abg. Schäfer hält Denk- und Redeverbote über die Seriosität des Projektes für befremdlich, denn schließlich hätten sich die Rahmenbedingungen seit den ersten Planungen 2007/08 völlig verändert. Seines Erachtens seien die prognostizierten Marktanteile nicht zu erreichen; die aktuell in Bremerhaven angesiedelten Unternehmen seien nicht konkurrenzfähig und auch in England böten inzwischen sechs entsprechend ausgestattete Häfen attraktive Wettbewerbsbedingungen.

Abg. Tsartilidis meint, eine Veränderung von Rahmenbedingungen könne mit einer geänderten Finanzierungplanung einhergehen. Das Beharren auf formalen Voraussetzungen lasse darauf schließen, dass die Opposition eine inhaltliche Diskussion im Wesentlichen vermeiden wolle. Er vermisse eine positive Haltung und ein Bekenntnis zu den breemischen Häfen und ihrer Entwicklung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie 70000 Arbeitsplätze böten. In Richtung der CDU-Fraktion stellt er fest, dass sie bisher keine konkreten Haushaltsanträge und Finanzierungsvorschläge entwickelt habe.

Nachdrücklich bekennt **Abg. Kottisch** seine feste Erwartung an eine erfolgreiche Investition in den OTB, ebenso wie die des Jade-Weser-Ports auch. Allerdings habe der Abg. Kastendiek recht mit dem Hinweis auf nur begrenzte Investitionsmittel, sodass Investitionsprojekte priorisiert geplant werden müssten. Ähnliche Debatten habe es bereits um die Verlängerungen der Containerkajen gegeben, doch erwiesen sich diese und andere Infrastrukturprojekte in ihrem langfristigen Nutzen als richtig.

Abg. Liess erkennt nicht die Notwendigkeit, dass bereits im Doppelhaushalt 2016/17 die Finanzierung abgesichert sein müsse. Allerdings müsse eine Auseinandersetzung über das Projekt im Haushaltskontext geführt werden. Trotz der begrenzten Mittel sei die Investitionsquote Bremens zu niedrig, auch wenn der Stabilitätsrat anderes behauptete.

In Richtung des Dep. Dr. Redder erwidert er, dass ein Nachtragshaushalt nicht schon in 2017 zu erwarten sei, gegebenenfalls aber dargestellt werden könnte.

Abg. Frau Dogan begrüßt in der rechtlichen Beurteilung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts die Haltung des Bundes. Aufgrund der hohen energie- und wirtschaftspolitischen Bedeutung des OTB hoffe sie auf eine tragende Begründung der Beschwerde vor dem OVG; vor diesem Hintergrund werde die Finanzierung des OTB als klares Bekenntnis zum Standort Bremerhaven auch sichergestellt werden.

Abg. Schäfer erkennt in der koalitionären Haltung, die veränderten Rahmenbedingungen nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, planwirtschaftliche Charakterzüge.

Abg. Kottisch unterstreicht nachdrücklich seine Überzeugung von den Erfolgsaussichten des OTB als Infrastrukturprojekt; insbesondere im Hafen erwiesen sich derartige Projekte regelmäßig als Erfolgsgeschichte. Auch der vom Abg. Janßen eingeworfene Jade-Weser-Port als Negativbeispiel entwickle sich positiv und werde die Erwartungen langfristig erfüllen.

Abg. Kastendiek stellt abschließend fest, dass die aktuell gesicherte Liquidität von 80 Mio. € zur Kenntnis genommen werden könne; diese Liquidität im Falle einer zügigen OVG-Entscheidung für den OTB aber spätestens im September 2017 aufgezehrt sein werde.

TOP 8 Aktuelles

TOP 9 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake



2016-08-10_EFRE
2014-20_Depu.pdf

Doppelklick öffnet die Tabelle:

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020
Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 01.06.2016)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur WFB - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	10.08.2016
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	6 Monate nach Beratung in der Brem. Bürgerschaft im April 2016
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
16.	Gewerbeflächenverkäufe	02.03.2016	Abg. Kottisch	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
18.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Zeit- und Maßnahmenplan	11.05.2016	Abg. Kastendiek Abg. Fecker/Kottisch	07.09.2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 19.07.2016

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	19.745.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	4.778.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	31.126.258	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmaking und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 01.06.2016)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur WFB - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	10.08.2016
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	6 Monate nach Beratung in der Brem. Bürgerschaft im April 2016
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
16.	Gewerbeflächenverkäufe	02.03.2016	Abg. Kottisch	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
18.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Zeit- und Maßnahmenplan	11.05.2016	Abg. Kastendiek Abg. Fecker/Kottisch	07.09.2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	